

Bochumer wollen Bebauung auf giftigem Boden verhindern

Gernot Noelle

19.07.2019 - 17:44 Uhr



Tanja Laser und Michael Loepke auf dem Grüngürtel, der bebaut werden soll. Im Untergrund schlummern Altlasten.

Foto: Dietmar Wäsche / FUNKE Foto Services

Bochum-Langendreer. Trotz Altlasten im Untergrund soll am Rüsselsheimer Weg in Bochum-Langendreer gebaut werden. Dagegen machen einige Anwohner jetzt mobil.

Die Anwohner von Rüsselsheimer Weg und Neggenborn sind in Aufruhr: Sie haben erfahren, dass der Grüngürtel zwischen den beiden Straßen bebaut werden soll. Dagegen wird jetzt vor Ort mobil gemacht. Mittels einer Online-Petition und nun auch einer Bürgerversammlung, die zumindest einige Antworten auf viele offene Fragen lieferte.

Denn bei ihren Recherchen im Vorfeld blieb vieles im Dunkeln, monieren die Initiatoren Michael Loepke und Tanja Laser. Sie haben herausgefunden, dass es einen bestehenden Bebauungsplan für das Gelände – ein Landschaftsschutzgebiet (!) – gibt, der dort Ein- und Zweifamilienhäuser

zulässt. Gesehen haben sie Vermessungen und Probebohrungen vor Ort. Und gehört haben sie in vielen Gesprächen mit den Nachbarn, dass der Boden im besagten Bereich kontaminiert sein soll.

Kinder sollten dort nicht spielen



Zwischen Rüsselheimer Weg und Neggenborn sollen Einfamilien- und Doppelhäuser gebaut werden.

Foto: Tatjana Batt

Der giftige Untergrund wird auch in der Bürgerversammlung heftig diskutiert, zu der Loepke & Co. neben Politikern der Bezirksvertretung auch zwei Vertreter der Verwaltung eingeladen haben. „Wir haben damals, vor 30, 40 Jahren, eine schriftliche Warnung erhalten, dass wir in dem Bereich keine Beeren essen und auch unsere Kinder nicht spielen lassen sollen“, meldet sich eine aufgebracht Anwohnerin zu Wort, die sich noch aus einem anderen Grund wundert: „Früher wollte Opel hier groß bauen. Wegen der Altlasten im Untergrund durften sie nicht. Und heute ist das okay?“

Mit dem passenden Konzept darf gebaut werden

Antwort: es kommt darauf an. „Wenn man ein schlüssiges Konzept vorlegt, die eine Möglichkeit vorsieht, die Fläche so zu sichern, dass keine Gefahren für die neuen Anwohner ausgeht, spricht nichts gegen eine Bebauung“, sagt Lutz Kelling, Leiter des Bauordnungsamtes. Dies gelte auch für Bergbauhinterlassenschaften. Aktuell liege lediglich eine Bauvoranfrage vor, dabei gehe es um geringe Baugrenzen-Überschreitungen. Eine Baugenehmigung gibt es laut Kelling noch nicht.

Dass im Untergrund zwischen Rüsselsheimer Weg und Neggenborn Altlasten schlummern, liegt Ulrich Schneider, Leiter der Abteilung Technischer Umweltschutz im Umweltamt, angesichts der früheren industriellen Nutzung auf der Hand – er erinnert da an die **Zeche Mansfeld** und eine Kläranlage für den Ölbach. Auch Methangase müsse man berücksichtigen. „Insgesamt ist dort ein großer Bereich als ‚Altlastenverdachtsfläche‘ ausgewiesen“, sagt Schneider, „Ergebnisse von aktuellen Untersuchungen kenne ich nicht.“ Laut Bundesbodenschutzgesetz von 1999 gehe von dem Gebiet allerdings keine Gefahr aus.

Stadt vertraut auf Kontrollsysteme

Laut Bauvoranfrage sind zwischen Rüsselheimer Weg und Neggenborn Einfamilien- und Doppelhäuser geplant, verrät Lutz Kelling vom Bauordnungsamt. Angefahren werden soll das Neubaugebiet demnach über neiden Straßen. Kelling versichert, dass es **„zum jetzigen Zeitpunkt keine Baugenehmigung gäbe“**.

Die Sorgen der Anwohner hinsichtlich des Untergrundes kann Lutz Kelling verstehen. Er bittet aber um Vertrauen: „Wir haben **gute Kontrollsysteme**.“ Erst recht, nachdem die Stadt so schlechte Erfahrungen mit Altlasten an der Karl-Lange-Straße gemacht habe. „Dort wurde auf kontaminiertem Grund gebaut und die Menschen wurden später umgesiedelt.“

Politik fordert genaue Prüfungen

Darauf wollen sich die Anwohner nicht verlassen. Und auch die Politik zeigt sich alarmiert. Bezirksbürgermeisterin Andrea Busche (SPD) ist „dankbar für die Informationen der Bürger“, das müsse man „nochmal ganz ordentlich prüfen“. Ohnehin hatte die SPD zusammen mit den Grünen – im Vorfeld von den Anwohnern angesprochen – in der jüngsten Bezirksvertretungssitzung eine Anfrage zu den „Aktivitäten am Rüsselsheimer Weg“ Richtung Stadt geschickt. Darin geht es unter anderem auch um die Gefahr durch Altlasten und Bergbauschäden. „Wir warten auf Antworten und werden da am Ball bleiben“, verspricht Dirk Meyer, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung.

Wer sich an der Onlinepetition beteiligen und unterschreiben möchte: openpetition.de!/pfsbq